



Faktenblatt

Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)»

Worum geht es?

Die eidgenössische Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» will den Klimaschutz stärken und die inländische Energieproduktion durch zusätzliche öffentliche Investitionen fördern. Damit soll der Erderwärmung und ihren Folgen gemäss den internationalen Klimaabkommen entgegengewirkt werden.

Die Initiative verlangt finanzielle Unterstützung insbesondere für:

- die Dekarbonisierung des Verkehrs, der Gebäude und der Wirtschaft,
- die effiziente Nutzung von Energie,
- die Versorgungssicherheit und den Ausbau erneuerbarer Energien,
- die notwendigen Ausbildungs- und Weiterbildungsmassnahmen,
- nachhaltige natürliche CO₂-Senken sowie
- die Stärkung der Biodiversität.

Die Initiative schlägt die Schaffung eines Fonds vor, der jährlich aus dem Bundeshaushalt mit einem Betrag zwischen 0,5 und 1 % des Bruttoinlandprodukts (BIP) gespeist wird. Für 2023 entspräche dies etwa 3,9 bis 7,7 Milliarden Franken, für das mögliche Einführungsjahr 2030 4,8 bis 9,5 Milliarden Franken.

Die Initiative präzisiert nicht, wie dieser Fonds konkret mit den bestehenden Förderinstrumenten zusammenwirken soll – also ob und in welchem Umfang die geforderten Mittel zusätzlich zu den bereits bestehenden Ausgaben bereitgestellt würden.

Argumente der Gegnerinnen und Gegner

Die Schweiz investiert bereits erheblich in Klimaschutz, Energiewende und Biodiversität

Dank bestehender und ab 2025 neuer Förder- und Unterstützungsmassnahmen verfügt der Bund – selbst unter Berücksichtigung möglicher Sparprogramme – jährlich über rund 2 Milliarden Franken für die Energiewende und den Klimaschutz sowie zusätzlich 600 Millionen Franken pro Jahr für den Erhalt und die Förderung der Biodiversität. Zusammen erfüllen die CO₂-Gesetzesrevision, das Klimaschutzgesetz (KIG) und das Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien bereits die Hauptforderungen der Initiative. Ein neuer Fonds ist daher nicht notwendig.

Unverhältnismässige Belastung des Bundeshaushalts

Die Initiative verlangt, dass die Einzahlungen in den Fonds ausserhalb der Schuldenbremse durch zusätzliche Verschuldung finanziert werden können. Ein solcher Ansatz würde zu neuen Staatsschulden führen und die verfassungsmässig verankerte Schuldenbremse schwächen. Sollte der Fonds dagegen durch zusätzliche Einnahmen finanziert werden, wären Steuererhöhungen wahrscheinlich, die Haushalte und Unternehmen belasten würden. Sowohl thematisch als auch finanziell wäre der geforderte Fonds überdimensioniert und würde den Bundeshaushalt unverhältnismässig stark belasten.

Einseitige Abhängigkeit von Bundesbeiträgen birgt Risiken

Der derzeitige Ansatz – eine Kombination aus gezielten Fördermassnahmen, Vorschriften und marktwirtschaftlichen Instrumenten – schafft bereits ausreichend Anreize zur Reduktion der Treibhausgasemissionen. Der vorgeschlagene Klimafonds hingegen birgt Risiken: Da der Fonds ausschliesslich aus Bundesmitteln gespeist würde, könnte er dem Verursacherprinzip des Umweltrechts widersprechen. Zudem könnte der umfangreiche Einsatz öffentlicher Gelder zu einer ineffizienten Ressourcennutzung führen oder gar private Investitionen verdrängen.

Argumente der Befürworterinnen und Befürworter

Sozial gerechte Massnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität ermöglichen, die dem Ernst der Lage Rechnung tragen

Um unsere Gesundheit und unseren Wohlstand zu sichern, ist es entscheidend, schnell zu handeln und über die notwendigen finanziellen Mittel zu verfügen, um Natur- und Klimaschutz zu stärken. Der Initiativtext sieht vor, jährlich zwischen 0,5 und 1 % des BIP in die ökologische Transformation der Schweiz zu investieren – also 3,5 bis 7 Milliarden Franken pro Jahr. Dieses Geld sei unabdingbar, um den Wandel rasch voranzutreiben. Die Mittel des Klimafonds sollen den Ausbau von Solaranlagen, die Sanierung von Gebäuden, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie die Förderung der Biodiversität und Artenvielfalt ermöglichen.

Nachhaltige Arbeitsplätze schaffen, Aus- und Weiterbildung fördern

Mit dieser Initiative werden nachhaltige und sichere Arbeitsplätze geschaffen. Gleichzeitig ermöglicht der Fonds die notwendige berufliche Neuorientierung, damit niemand durchs soziale Netz fällt und genügend Fachkräfte für die Transformation zur Verfügung stehen.

Die Unabhängigkeit der Schweiz von Autokraten und fossilen Energiekonzernen stärken

Heute ist die Schweiz in hohem Masse von fossilen Energieimporten abhängig. Dies verhindert wichtige Investitionen im Inland und stärkt autokratische Staaten. Durch den Ausbau erneuerbarer Energien in der Schweiz wird die Energiesouveränität gestärkt.

Parlamentarische Beratung und Abstimmung der Mitte-Fraktion

Der Bundesrat beantragte dem Parlament, die Volksinitiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen.

Beide Kammern folgten dieser Empfehlung. In der Schlussabstimmung nahm der Nationalrat den Antrag des Bundesrats (Ablehnung der Initiative) mit 127 zu 69 Stimmen bei 0 Enthaltungen an. Die Mitte-Fraktion stimmte mit 29 zu 2 Stimmen (Stimmen aus der EVP) mehrheitlich für die Ablehnung. Auch der Ständerat folgte dem Bundesrat und lehnte die Initiative mit 33 zu 11 Stimmen ab. Die Mitte stellte sich geschlossen auf die Seite der Mehrheit.

Parolenfassung

Das Parteipräsidium der Mitte Schweiz fasste am 23. Oktober 2025 die Nein-Parole. Ebenfalls die Nationale Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Kantonalparteien und Vereinigungen (NKPP) der Mitte Schweiz fasste am 14. November 2025 die Nein-Parole. Und die Delegierten der Mitte Schweiz sagten am 15. November 2025 Nein zur Initiative.